

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 29.08.2023**

**„Gewerbeflächen für die Zeitenwende? In Bremen Fehlanzeige!“**

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

**A. Problem**

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern ist die Entscheidung des Unternehmens Rheinmetall für Weeze als Produktionsstandort für die Mittelrumpfteile der F-35 aus Sicht des Senats Ausdruck dafür, dass die in der Antwort des Senats auf die 12. Frage in der Fragestunde der 49. Sitzung der Stadtbürgerschaft am 25. April 2023 genannten, für das Projekt potenziell geeigneten Gewerbeflächen im Bremer Industriepark, im Gewerbepark Hansalinie und dem GVZ offenbar nicht den Anforderungen des Unternehmens entsprachen?
2. Welche konkreten Flächen in einer Größenordnung von 60.000 m<sup>2</sup> wurden dem Unternehmen für die Ansiedlung einer solchen Produktionslinie in der Stadtgemeinde Bremen von der WFB angeboten?
3. Wie bewertet der Senat die Standortentscheidung des Unternehmens vor dem Hintergrund, dass sich Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte im März für eine Ansiedlung der F-35-Rumpfproduktion in Bremen ausgesprochen hatte?

**B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

**Zu Frage 1:**

Die Anfrage im Zusammenhang mit der Produktion von Bauteilen für die F-35 wurde entsprechend der Anforderungen von Rheinmetall umfassend geprüft, da ein großes wirtschaftsstrukturelles Interesse an der Betriebsansiedlung bestand. Potenziell geeignete Gebiete wären die Gewerbestandorte Bremer Industrie-Park, Gewerbepark Hansalinie und GVZ. Ein freies, städtisches Grundstück in der erforderlichen Größenordnung konnte nach eingehender Prüfung der Anforderungen von Rheinmetall aufgrund bestehender Flächenreservierungen und der sehr engen Zeitvorgaben durch das Unternehmen nicht angeboten werden.

Die WFB hat daher den Kontakt zu privaten Flächeneigentümern hergestellt, die über geeignete Flächen verfügen. Sie war in die konkreten Verhandlungsgespräche nicht involviert, unterstützte den privaten Grundstückseigentümer jedoch bei der Klärung von grundstücksbezogenen Detailfragen.

Die Entscheidung für den Standort Weeze ist nach Informationen des Senats insbesondere deswegen getroffen worden, weil Rheinmetall dort ergänzend zur geplanten Fertigung sog. Maintenance Services (Wartungsarbeiten) durchführen kann, die zukünftig mit erheblichen Flugbewegungen und damit auch Lärmentwicklungen durch die F-35 Düsenjets verbunden sein werden. Der jetzt ausgewählte Standort in Weeze umfasst 6 ha mit direkter Anbindung an das Flugfeld. Ein bereits fertig erschlossener Standort dieser Größe mit direkter Anbindung an das Flugfeld steht in Bremen aktuell nicht zur Verfügung.

### **Zu Frage 2:**

Von der WFB konnten keine Grundstücke in geeigneter Größe mit kurzfristiger Verfügbarkeit angeboten werden. Nach Kenntnisstand der WFB hat das Unternehmen Rheinmetall mit einem privaten Grundstücksanbieter in Bremen über ein Grundstück verhandelt, welches der gesuchten Größe entsprochen hat.

### **Zu Frage 3:**

Die Firma Rheinmetall ist ein bedeutendes Unternehmen für den Wirtschaftsstandort Bremen und ein wichtiger Arbeitgeber. Eine Betriebserweiterung für den Bau der F-35 Rumpfproduktion hätte eine weitere positive Entwicklung am Standort bedeutet. Insofern hat sich der Senat für die Betriebsansiedlung durch die geschilderte konkrete Unterstützung und ergänzend in direkten Gesprächen mit Rheinmetall, eingesetzt.

Nach der Standortentscheidung für Weeze hat sich der Vorstandsvorsitzende öffentlich für die Unterstützung in Bremen bedankt.

Mit den Möglichkeiten des Standorts Weeze – und hier insbesondere der Flugbewegungen mit Düsenjets konnte Bremen nicht konkurrieren. Auch ohne die F-35 Produktion am Standort Bremen wird Rheinmetall nach Angaben des Unternehmens in der Hansestadt weiterwachsen. Zu den zusätzlichen Beschäftigten, die 2022 eingestellt wurden, sollen in diesem Jahr weitere hinzukommen. Die gut 1.800 Arbeitsplätze in Bremen sind nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden Armin Papperger auf Jahre sicher.

## **C. Alternativen**

Keine Alternativen.

## **D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Die Genderrelevanzprüfung zur eigentlichen Beantwortung der Anfrage hat ergeben, dass es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass Frauen und Männer unmittelbar oder mittelbar unterschiedlich betroffen sein könnten. Erfahrungsgemäß kann allerdings davon ausgegangen werden, dass Berufe in Rüstungsunternehmen häufiger von Männern als von Frauen ausgeübt werden.

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Es ist keine Abstimmung mit anderen Ressorts erforderlich.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Die Senatsvorlage ist nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

Eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz soll erfolgen.

Datenschutzrechtliche Belange sind nicht berührt.

### **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation vom 17.08.2023 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.